

Die französischen Präsidentschaftswahlen vom 23. April und 7. Mai 2017 im Schatten des Terrors

Udo Kempf

1. Ausgangslage

Keine der bisherigen zwölf Präsidentschaftswahlen der V. Republik wurde von so vielen Besonderheiten geprägt wie die jüngste:

- Erstmals bewarb sich der amtierende Staatspräsident nicht erneut um das höchste Staatsamt. *François Hollande*, Frankreichs unbeliebtester Staatsherr seit 1958, hätte bei den Vorwahlen seiner Sozialistischen Partei (PS) eine drastische „Abfuhr“ befürchten müssen.
- In beiden Volksparteien fanden Vorwahlen für den Spitzenkandidaten statt, bei der PS wie schon 2007 und 2011, bei Les Républicains (LR) 2016 erstmals. Der Front National verzichtete – nicht überraschend – auf diesen Ausleseprozess, da *Marine Le Pen* als Spitzenbewerberin ihrer Partei unangefochten feststand. Die Parti Communiste sprach sich ebenso wie Ecologie Européenne-Les Verts für den linksradikalen Kandidaten von La France Insoumise (Das aufässige Frankreich), den ehemaligen Sozialisten und Gründer der linkssozialistischen Parti de Gauche, *Jean-Luc Mélenchon*, aus.
- *Emmanuel Macron*, bis August 2016 Wirtschaftsminister in der sozialistischen Regierung von *Manuel Valls*, gründete „aus dem Nichts heraus“ seine eigene Bewegung *En marche!* (Vorwärts) und gab am 16. November 2016 bekannt, als unabhängiger Kandidat antreten zu wollen. Umfragen verhießen dem späteren Sieger im ersten Wahlgang am 23. April 2017 ein eher mittelmäßiges Ergebnis. Auf eine solide „Infrastruktur“ in Form einer Partei konnte er sich im Gegensatz zu den aussichtsreichen Bewerbern nicht stützen. Dem 39-Jährigen gelang es dennoch in einer Art Blitzkampagne, für seine Bewegung 260.000 Anhänger zu gewinnen.
- Bis auf *Macrons* eindeutiges Bekenntnis und *Alain Juppés* sowie *François Fillons* verhaltene Zustimmung zur Europäischen Union fehlte es den Programmen der übrigen acht Bewerber daran. Protektionismus und Widerstand gegen Globalisierung kennzeichneten die Programme der (links-)sozialistischen Bewerber und des Front National. Im Verlauf des Wahlkampfes waren auch anti-deutsche Töne zunehmend zu hören.
- Der anfänglich aussichtsreichste Bewerber um das höchste Staatsamt, *François Fillon*, versank in einem Affärensumpf (siehe unten). Dass der Kandidat der Républicains dennoch fast 20 Prozent im ersten Wahlgang erhielt, überraschte zahlreiche Wahlbeobachter.
- Kurz vor dem ersten Wahlgang befürchteten die Sicherheitsbehörden einen islamistischen Terroranschlag auf den Präsidentschaftskandidaten der Republikaner. Bei den Islamisten war *Fillon* besonders nach Veröffentlichung seines Buches „Den islamischen Terrorismus besiegen“, in dem er seine Strategie im Kampf gegen den IS dargelegt hatte, verhasst.¹

1 Vgl. *Michaela Wiegel*, Liebe, Wasser und Sprengstoff, in: FAZ online vom 19. April 2017, <http://www.faz.net/aktuell/politik/frankreich-francois-fillon-im-fadenkreuz-14978422.html> (Abruf am 20. April 2017).

- Wegen der Terroranschläge von 2015 und 2016 fand erstmals eine Präsidentschaftswahl unter den Bedingungen eines Ausnahmezustandes statt. 50.000 Polizisten und Gendarmen sowie 7.000 Soldaten schützten an den beiden Wahltagen die Wahllokale.
- Die Meinungsforschungsinstitute gingen in ihren Vorhersagen von einer hohen Stimmenthaltung von 35 bis 40 Prozent aus – ein bislang bei Präsidentschaftswahlen nie erreichter Negativwert.
- Wie selten zuvor blickten Frankreichs europäische Partner auf diese „Schicksalswahl“. Der in den Umfragen nicht auszuschließende Sieg eines extremen Kandidaten beziehungsweise einer Kandidatin hätte womöglich zum Zerfall der Europäischen Union geführt.
- Die Unzufriedenheit breiter Wählerschichten mit ihrer wirtschaftlichen Situation spiegelte sich vor dem Hintergrund einer seit Jahrzehnten anhaltenden Arbeitslosigkeit von über zehn Prozent (bei Jugendlichen bis zu 25 Prozent) in allen Umfragen und machte es noch schwieriger, ein Wahlergebnis vorherzusagen.

2. Die Vorwahlen bei Les Républicains am 20. und 27. November 2016

Erstmals in der Geschichte der V. Republik bestimmten die Konservativen, das heißt die ehemaligen Gaullisten, ihren Präsidentschaftskandidaten in einer Vorwahl. An der Abstimmung durften auch Nichtparteimitglieder teilnehmen. Sie mussten lediglich eine Erklärung unterzeichnen, dass sie „die republikanischen Werte des rechten Lagers und des Zentrums teilen und sich für einen Wechsel im Präsidentenamt engagieren“. Der frühere Staatspräsident *Nicolas Sarkozy* hatte das Vorwahlverfahren zunächst abgelehnt, es aber schließlich im September 2014 akzeptiert. Vorbild waren die „Primaires“ der Sozialisten in den Jahren 2007 und 2011, die zu einer hohen Mobilisierung bei Sympathisanten der Partei geführt hatten.

Zur ersten Wahlrunde am 20. November 2016 wurden sechs Kandidaten sowie eine Kandidatin zugelassen, die sich zuvor die erforderlichen „Patenschaften“ von 250 gewählten Mandatsträgern, darunter 20 Parlamentarier, sowie von 2.500 Parteimitgliedern gesichert hatten: der ehemalige Staatspräsident *Nicolas Sarkozy*, die früheren Premierminister *François Fillon* und *Alain Juppé*, der frühere Parteichef *François Copé*, der ehemalige Minister *Bruno Le Maire*, seine Amtskollegin *Nathalie Kosciusko-Morizet*, der Abgeordnete und Wortführer gegen die Homosexuellen-Ehe *Hervé Mariton* sowie der Vorsitzende einer erzkonservativen christdemokratischen Splitterpartei *Jean-Frédéric Poisson*.² Abstimmungsrechtigt war jeder französische Wähler, sofern er die „Wertedeklaration“ der Republikaner unterzeichnet und zwei Euro für jede Wahlrunde bezahlt hatte.

Lange führte *Alain Juppé* in den Umfragen, gefolgt von *Sarkozy*. *Fillon* lag abgeschlagen auf dem dritten Platz. Dies änderte sich nach den drei Fernsehduellen der sechs Kandidaten und der Mitbewerberin. *François Fillon* schien mit seinem „staatsmännischen“ Auftritt und seinem wertkonservativen Gesellschaftsprogramm, aber auch mit seinen betont liberalen Vorschlägen zur Sanierung der Wirtschaft viele Wahlberechtigte zu überzeugen.

2 *Jean-Frédéric Poisson* wurde ohne Patenschaften zur Vorwahl zugelassen.

Bei einer hohen Wahlbeteiligung von über vier Millionen gelang ihm ein Überraschungssieg: Der ehemalige Premierminister erhielt 44,2 Prozent, *Alain Juppé*, der Bürgermeister von Bordeaux, lediglich 28,6 Prozent. *Sarkozy* qualifizierte sich mit 20,6 Prozent nicht einmal für die Stichwahl. Daraufhin kündigte er seinen Rückzug aus dem politischen Leben an und bat seine Anhänger, in der zweiten Runde *Fillon* zu unterstützen.³

Dessen wirtschaftsliberaler Kurs⁴ hob sich deutlich von den Vorstellungen seiner Mitbewerber ab. So wiederholte er in den Fernsehrunden, Frankreich stecke finanzpolitisch in einer Sackgasse, der Großteil seiner Unternehmen sei nicht wettbewerbsfähig und der Staatsapparat übermäßig aufgebläht. (Zum Hintergrund: Jeder fünfte, nach manchen Berechnungen sogar jeder vierte Beschäftigte ist im Staatsdienst tätig.) Schon im September 2007 hatte der damalige Premierminister auf Korsika bekannt: „Ich stehe an der Spitze eines Staates, der, finanziell gesehen, bankrott ist. Ein Staat, der seit 15 Jahren chronisch im Defizit steckt (...).“⁵ *Fillons* katholisch-konservatives Familienbild und sein wertkonservatives Gesellschaftsprogramm kontrastierten markant mit *Alain Juppés* wirtschaftlich gemäßigt und pro-europäischem Reformkurs.

Von den im Stichentscheid 4.381.298 abgegebenen Stimmen erhielt *Fillon* 2.904.246 beziehungsweise 66,5 Prozent, sein Mitkandidat nur enttäuschende 33,5 Prozent.⁶ Von 577 Abstimmungsbezirken gewann *Fillon* 523; *Juppé* „punktete“ nur in seinen „Stammlanden“ Aquitanien und im Großraum des östlichen Paris.⁷ Nahezu alle Kommentatoren und Meinungsforscher sahen nach dieser Vorrunde *François Fillon* als aussichtsreichsten Kandidaten für das höchste Staatsamt.

Am 26. Januar 2017 brachte die Wochenzeitung „Le Canard Enchaîné“ Berichte über die mutmaßliche Scheinbeschäftigung von *Fillons* Ehefrau *Penelope* als parlamentarische Mitarbeiterin ihres Mannes – mit Unterbrechungen – von 1988 bis 2013. Insgesamt habe sie dafür 831.000 Euro bezogen. Auch wurde bekannt, dass zwei von *Fillons* Kindern für angebliche Assistenz Tätigkeit beim Vater Vergütungen erhalten hätten. Solche Tätigkeiten erlaubte das französische Parlament auch für Familienangehörige, sofern sie für den Parlamentarier tätig waren.⁸ Monatlich stehen jedem Abgeordneten 9.561 Euro zur Beschäftigung parlamentarischer Mitarbeiter zur Verfügung.

3 Die übrigen Bewerber landeten weit abgeschlagen: *Bruno Le Maire*, in den Umfragen noch als „dritter Mann“ gehandelt, erhielt nur 2,4 Prozent, *Nathalie Kosciusko-Morizet* 2,6 Prozent, *Jean-Frédérique Poisson* 1,5 Prozent und *Bertrand Copé* 0,3 Prozent. Vgl. *Michaela Wiegel*, Frankreichs Wagemut zahlt sich aus, in: FAZ online vom 21. November 2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/praesidentenwahl-frankreichs-wagemut-zahlt-sich-aus-14538586.html> (Abruf am 22. November 2016).

4 Vgl. *Audrey Tonnelier* / *Marie Charrel*, Pouvoir d'achat: les propositions des principaux candidats à la présidentielle, in: Le Monde online vom 15. April 2017, http://www.lemonde.fr/economie/article/2017/04/15/pouvoir-d-achat-les-propositions-des-principaux-candidats-a-la-presidentielle_5111770_3234.html#PQzIsqI47B4fQBYi.99 (Abruf am 15. August 2017).

5 Vgl. *Christian Schubert*, Der Schattenmann tritt ins Scheinwerferlicht, in: FAZ vom 22. November 2016, S. 24.

6 Vgl. *Matthieu Goar* / *Alexandre Lemarié*, Fillon en position de force après sa large victoire, in: Le Monde vom 29. November 2016, S. 8.

7 Vgl. Primaire de la Droite – Résultats du second tour [der Vorwahlen], in: Le Monde vom 29. November 2016, S. 1 ff.

8 Seit August 2017 ist die Beschäftigung von Familienangehörigen verboten.

Fillon, der die Vorwürfe zunächst vehement zurückwies und von einem „politischen Mordversuch“ durch die Presse und sogar einem „institutionellen Staatsstreich“ sprach, der von der Linken organisiert worden sei, war außerstande, bei den staatsanwaltlichen Ermittlungen ein korrektes Beschäftigungsverhältnis für seine Frau nachzuweisen. Hatte er zunächst versichert, bei Eröffnung eines Strafverfahrens als Präsidentschaftskandidat zurückzutreten, nahm er dieses Versprechen zurück und hielt an seiner Kandidatur fest. Am 14. März 2017 eröffnete die Pariser Finanzstaatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen des „Verdachts der Veruntreuung staatlicher Gelder, Beihilfe zur Hehlerei, Beihilfe zur Unterschlagung von Gesellschaftsvermögen sowie Verletzung der Deklarationspflicht gegenüber der Hohen Transparenz-Behörde der Nationalversammlung“⁹.

Weil *Fillon* seine Kandidatur aufrecht hielt, brachen die Umfragewerte des einstigen Siegerkandidaten ein. Auch Parteifreunde distanzierten sich nach Bekanntwerden des Affärensumpfes von ihm und verlangten seinen Verzicht auf die Kandidatur. Allerdings hatte *Alain Juppé* schon vorher mitgeteilt, er stünde als Ersatzkandidat nicht zur Verfügung. Um einen Zerfall der *Républicains* zu verhindern, entschloss sich das politische Komitee der Partei – ungeachtet des schwebenden Strafverfahrens gegen den ehemaligen Premierminister – am 6. März, *François Fillon* weiterhin zu unterstützen. „Die Republikaner stehen zusammen und entschlossen hinter *François Fillon*. Die Debatte ist beendet“, sagte Senatspräsident *Gérard Larcher*, der sich zunächst von *Fillon* distanziert hatte. Auch *Sarkozy* und seine Anhänger stellten sich – ebenso wie der Vorsitzende der (politisch einflussreichen) Bürgermeistervereinigung, *François Baroin* – hinter den Präsidentschaftskandidaten.¹⁰ Dennoch brach dieser in den Umfragen immer weiter ein. 70 Prozent der Befragten wünschten, dass *Fillon* seine Kandidatur zurückziehe. Seine Glaubwürdigkeit als „rechtschaffene Alternative“ zum „affärenbelasteten *Sarkozy*“ sei zutiefst erschüttert. Der Verdacht der persönlichen Bereicherung sei nicht ausgeräumt, und seine Ankündigung, gegen den Missbrauch öffentlicher Gelder vorgehen zu wollen, klinge unglaubwürdig.¹¹

3. Die Vorwahlen bei den Sozialisten

Am 1. Dezember 2016 erklärte Staatspräsident *Hollande*, er werde sich für keine zweite Amtszeit bewerben. Zum ersten Mal in der Geschichte der V. Republik verzichtete ein Staatsoberhaupt aus freien Stücken darauf, sich das Vertrauen der Franzosen bestätigen zu lassen. Sein Rückzug war die Konsequenz einer letztlich gescheiterten fünfjährigen Amtszeit. Vor allem war es nicht gelungen, die hohe Arbeitslosigkeit von über zehn Prozent zu reduzieren. 85 Prozent der befragten Franzosen wollten *Hollande* nicht erneut als Kandidat für das höchste Staatsamt.¹² Seine Entscheidung wurde auch durch *Fillons* überraschend gutes Abschneiden im zweiten Vorwahldurchgang beeinflusst. Die „Wiederwahlchancen“ gegen den

9 Vgl. *Michaela Wiegel*, Strafverfahren gegen Fillon eingeleitet, in: FAZ vom 15. März 2017, S. 6. Das Verfahren ist bei Drucklegung noch nicht abgeschlossen.

10 Vgl. *dies.*, Ende der Diskussion. Fillon bricht Widerstand der Parteiführung, in: FAZ vom 8. März 2017, S. 3.

11 Vgl. *dies.*, Der Frauenförderer, in: FAZ vom 26. Januar 2017, S. 5.

12 Vgl. *Gérard Grunberg*, La candidature même de François Hollande est en question, in: *Le Monde* vom 18. Oktober 2016, S. 11.

ehemaligen Premierminister in einem Duell schienen höchst gering. Mit seinen in dem Buch „Ein Präsident sollte so nicht reden“ („Un président ne devrait pas dire ça“) geäußerten Vertraulichkeiten redete sich *Hollande* „um Kopf und Kragen“.

Am Ende seiner Amtszeit war die Sozialistische Partei zutiefst gespalten: in Modernisierer unter Premierminister *Manuel Valls* und (linkssozialistische) Traditionalisten, die so genannten *Frondeurs*, die *Valls'* wirtschaftlichem Reformprogramm im Jahr 2014 die Gefolgschaft verweigert hatten. Der Staatsoberhaupt gestand in seiner Verzichtserklärung sein Unvermögen, die Linke um sich zu scharen. „Die Spaltung der Linken hat die Regierungsarbeit paralyisiert“, kommentierte der PS-Spezialist *Grunberg* den inneren Zustand der Partei.¹³ Und: „[Es ist] fraglich, ob *Hollande* die Vorwahlen gewinnen kann und ob er, sollte er Kandidat bei der Präsidentschaftswahl sein, nicht eine echte Demütigung erleidet.“

Allein die Tatsache, dass die Sozialisten beschlossen hatten, das amtierende Staatsoberhaupt in eine Vorwahl (angeblich mit *Hollandes* Einvernehmen) zu zwingen, war ein Novum. Bislang war es nicht üblich, die Legitimität des Amtsinhabers für die Bestätigung im Amt in Frage zu stellen.

Dieser Parteibeschluss zeigte, dass *Hollande* für die Wahlen im Mai 2017 letztlich keine Siegchancen eingeräumt wurden. Laut Umfragen genoss er nur noch das Vertrauen von 14 Prozent der Franzosen. Bei den Linkswählern kam er nur noch auf Platz fünf der möglichen Präsidentschaftskandidaten.¹⁴

Für den ersten Durchgang der „*Primaires*“ am 2. Januar 2017 wurden sieben Bewerber von der „Haute autorité des primaires citoyennes“ zugelassen: sechs Männer und *Sylvia Pinel*, Vorsitzende der Parti Radical de Gauche, treuer kleiner Koalitionspartner der Sozialisten. Alle Kandidaten mussten nachweisen, dass sie von mindestens fünf Prozent linker Mandatsträger unterstützt wurden. Wahlberechtigt waren alle Franzosen ab 18 Jahre.

Der linksradikale ehemalige Sozialist und Vorsitzende der Parti de Gauche, *Jean-Luc Mélenchon*, lehnte ebenso wie *Hollandes* Ex-Wirtschaftsminister *Emmanuel Macron*, der am 6. April 2016 seine Bewegung *En marche!* gegründet hatte, die Teilnahme an den Vorwahlen der Parti Socialiste ab. *Mélenchon* konnte inzwischen auf die Unterstützung der Parti Communiste zählen.

Als aussichtsreichster Kandidat im ersten Durchgang galt *Manuel Valls* als „gesetzt“. Seine innenpolitischen Gegner versuchten, mit dem ehemaligen Bildungsminister *Vincent Peillon* ein moderates Gegengewicht zu *Valls* und zu den beiden linkssozialistischen Bewerbern *Arnaud Montebourg* und *Benoît Hamon* aufzubauen. Die beiden Grünen, *François de Rugy* und *Jean-Luc Bennahmias*, die sich von ihrer Partei losgesagt hatten, galten ebenso wie *Pinel* als reine Zählkandidaten.

Das Ergebnis des ersten Vorwahldurchgangs am 22. Januar 2017 überraschte nicht nur die Sozialisten: Bei relativ geringer Beteiligung (etwa 1,6 Millionen Abstimmende) verwies der ehemalige Erziehungsminister *Benoît Hamon* mit 36,3 Prozent der Stimmen seinen Parteifreund *Manuel Valls*, der nur 31,1 Prozent erhalten hatte, auf den zweiten Platz.

13 Vgl. ebenda.

14 Vgl. *Michaela Wiegel*, Frankreichs Sozialisten wollen Vorwahlen abhalten, in: FAZ vom 20. Juni 2016, S. 5.

Drittplatzierte wurde *Arnaud Montebourg* mit 17,5 Prozent. Dieser erklärte unmittelbar danach, *Hamon* in der Stichwahl unterstützen zu wollen.¹⁵

Premierminister *Valls* hatte im Sommer 2014 sowohl *Hamon* als auch *Montebourg* wegen mangelnder Solidarität und öffentlicher Kritik an seinem Reformprogramm entlassen. Damit schwanden *Valls'* Chancen, offizieller Präsidentschaftskandidat zu werden. Letztlich zeigte das Abstimmungsergebnis die Spaltung der linken Regierungspartei in einen reformwilligen Flügel der Sozialisten und eine wachsende Gruppe von Frondeuren, die *Valls'* behutsame Reformpolitik und bescheidenen Versuche, die verkrustete Arbeitsgesetzgebung aufzuweichen, strikt ablehnten. Der Premierminister, der sein Amt vor den Primaires aufgegeben hatte, hatte im Februar 2016 von einer „unversöhnlichen Spaltung der Linken“ gesprochen: markliberaler Reformkurs versus Protektionismus und Staatswirtschaft.¹⁶ *Hamons* visionäres Programm¹⁷, unter anderem allen Erwachsenen ein Grundeinkommen von 750 Euro zu geben, Visa für alle Flüchtlinge, Straffreiheit beim Besitz leichter Drogen sowie eine radikal ökologische Politik überzeugten insbesondere Jugendliche. *Valls* dagegen warb für die Fortführung der unter seiner Amtszeit eingeleiteten Reformen, das heißt letztlich für den Versuch, marktwirtschaftliche Ideen mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Die Vorwahl-Teilnehmer hatten zwischen zwei sich widersprechenden „linken“ Politikern zu entscheiden: Der Linksflügel (*Hamons* und *Montebourgs* Ergebnisse zusammen) über rundete klar *Valls'* sozialdemokratische Reformpolitik.

Bei einer leicht gestiegenen Abstimmungsbeteiligung in der Stich-Vorwahl am 29. Januar 2017 siegte der ehemalige Bildungsminister mit 58,7 Prozent über seinen früheren „Chef“ *Valls*, der 41,3 Prozent erhielt. Der schwer enttäuschte ehemalige Premierminister konstatierte klipp und klar, er könne *Hamons* utopisches Programm im bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampf nicht unterstützen. Einige seiner Getreuen hatten schon angedeutet, sich in *Emmanuel Macrons* Lager zu „flüchten“ – eine Entscheidung, die wenig später auch *Manuel Valls* traf.¹⁸ Hatte der ehemalige Premierminister gehofft, der „natürliche Präsidentschaftskandidat“ der Parti Socialiste und ihrer Bündnispartner zu werden, so zeigte das Ergebnis, dass der alte Parteiapparat der PS, der *Valls* immer mit Misstrauen betrachtet hatte, mit Unterstützung der Frondeure alte Rechnungen beglichen hatte. Nach den beiden Primaires-Wahlgängen bot die PS ein Bild tiefster Zerrissenheit. Ihr nunmehr offizieller Kandidat *Hamon* ging faktisch chancenlos in den Wahlkampf. In einer Umfrage Mitte April 2017 erklärten nur sieben Prozent der Befragten, für *Hamon* stimmen zu wollen.

15 Zahlen zur „Primaire à gauche“ aus: *Patrick Roger*, Cafouillage autour des chiffres de participation, in: *Le Monde* vom 24. Januar 2017, S. 6 ff.

16 Vgl. *Jürg Altwegg*, Das Ende des Sozialismus, in: *FAZ* vom 25. Januar 2017, S. 11; *Bastien Bonnefous / Solenn de Royer*, Un Parti socialiste plus éclaté que jamais, in: *Le Monde* vom 24. Januar 2017, S. 6.

17 Vgl. *Nicolas Chapuis*, Hamon, le revenu universel au coeur du débat, in: *Le Monde* vom 24. Januar 2017, S. 10.

18 Résultat primaire à Gauche (PS): pour Hamon, vainqueur, le plus dur reste à faire, <http://www.linternaute.com/actualite/politique/1294970-resultat-primaire-a-gauche-ps-pour-hamon-le-plus-dur-reste-a-faire/> (Abruf am 18. Mai 2017).

4. Die Wahlprogramme der wichtigsten Präsidentschaftsbewerber¹⁹

Die ideologische Bandbreite der Kandidaten spiegelte sich in den Programmvorschlägen wider: *Marine Le Pens* extrem nationalistisches und (mittlerweile) sozialistisch eingefärbtes Programm, *Jean-Luc Mélenchons* kommunistisch orientierte „Empfehlungen“, *Benoît Hamons* utopische Sozialvorstellungen, *Emmanuel Macrons* pro-europäische und eher sozialreformerische Programmaussagen sowie *François Fillons* wirtschafts- beziehungsweise marktliberale sowie wertkonservative Vorschläge.

Die Terroranschläge seit 2015 berührten die Wahlbürger besonders. Folglich machten alle Kandidaten Vorschläge zur Verbesserung der inneren Sicherheit; so empfahlen sie eine deutliche Verstärkung von Polizei und Gendarmerie. *Le Pen* forderte 40.000 neue Sicherheitskräfte, die übrigen zwischen 10.000 und 20.000. Auch traten alle für eine Erhöhung der Gefängnisplätze ein. Für die Ausweisung von straffällig gewordenen Ausländern sprachen sich *Marine Le Pen* und *François Fillon* aus. Außer *Mélenchon* befürworteten alle eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttosozialprodukts.

Um die schulische Ausbildung zu verbessern, propagierten alle Bewerber die Einstellung von mehr Lehrkräften, um insbesondere die teilweise desolate Situation in den Grundschulen zu verbessern. Alle Grundschüler sollten in die Lage versetzt werden, beim Übergang ins Collège (die französische Gesamtschule) ausreichend „lesen – schreiben – rechnen“ zu können. Dies bedeutete eine Verringerung der Klassenstärken. So wollte *Macron* in den Problemvierteln die Klassenfrequenz auf zwölf Schüler in den ersten drei Schuljahren begrenzen.

Die Programmvorstellungen zur Europäischen Union stießen bei den europäischen Partnern auf besonderes Interesse: Zwei Bewerber, *Marine Le Pen* und *Jean-Luc Mélenchon*, sprachen sich für einen „Frexit“ aus. „Um die Lebensbedingungen (...) zu verbessern, werden wir die EU-Verträge nicht länger einhalten“, hieß die Devise des linksradikalen, politisch argumentierenden Vorsitzenden von La France Insoumise. *Mélenchon*, dessen ideologische Vorbilder *Fidel Castro* und der verstorbene Präsident Venezuelas, *Hugo Chavez*, sind, verlangte unter anderem die Neuverhandlung der Europäischen Verträge, die Übertragung der (französischen) Staatsschuld auf die Europäische Zentralbank, die Nichteinhaltung der im Maastricht-Vertrag vereinbarten Schuldengrenzen und die Vergemeinschaftung der Schulden. Für den Fall, dass er sich mit seinen Vorstellungen gegen die anderen EU-Staaten nicht durchsetzen könne, drohte er mit dem Austritt aus der Währungsunion. Der Linksextreme, der 2015 seine anti-deutsche Grundhaltung mit den Worten „Maul zu, Frau Merkel!“ bekundet hatte, sieht die EU und die Euro-Zone von Deutschland dominiert. Er versprach, sich der deutschen Regierung nicht länger unterordnen zu wollen.²⁰ Außerdem plädierte der *Putin*-Sympathisant für den Austritt aus der Nato.

19 Die Wahlprogramme aller elf Bewerber der Präsidentschaftswahlen 2017 sind aufgelistet in: *Nicolas Chapuis*, L'Heure du Choix, in: Le Monde vom 15. April 2017, Beilage: Präsidentschaftswahlen 2017: L'Heure du Choix, S. 1 – 8.

20 Dazu *Helene Bubrowski*, Sie wollen in den Elysée, in: Frankfurter Allgemeine Woche vom 21. April 2017, S. 20 ff.

Noch weiter ging *Marine Le Pen*. Die Rechtsradikale wollte Frankreich durch Zollmauern abschotten, mit Einfuhrzöllen die heimische Produktion steigern und in maximal sechs Monate währenden Verhandlungen mit den EU-Partnern die Rückübertragung an Brüssel abgetretener Rechte durchsetzen. Andernfalls wollte sie die Franzosen in einem Referendum über den Austritt aus der EU abstimmen lassen. Den Ausstieg aus der Euro-Zone und aus dem Schengen-Abkommen versprach sie sofort nach Amtsübernahme. Die Franzosen müssten „ihre monetäre, wirtschaftliche, legislative und territoriale Souveränität zurückerhalten“. „Die latente Deutschlandfeindlichkeit in ihrer Wählerschaft“, so die FAZ-Frankreich-Korrespondentin *Michaela Wiegel*, bediente sie mit dem Bild eines der Bundeskanzlerin hörigen französischen Staatspräsidenten. Immer wieder betonte sie, *François Hollande* sei nur ein „Vizekanzler“ *Merkels*.²¹ Auch im Fernsehduell vor dem Stichentscheid mit *Emmanuel Macron* hieb sie in die anti-deutsche Kerbe. *Macron* müsse sich im Falle eines Wahlsieges seine Order in Berlin abholen. Sie dagegen würde Frankreich aus der europäischen Umklammerung lösen. Beiden extremen Kandidaten waren die Ablehnung des Freihandels und der Vorrang des Staates als Wirtschaftslenker gemeinsam.

Der Sozialist *Hamon* sprach sich für den Transfer der Schuldenlast auf die (starken) Partnerländer und die Europäische Zentralbank aus. Den Stabilitätspakt wolle er nicht länger einhalten; auch empfahl er einen „Buy European Act“ als „Heilmittel“ gegen die Globalisierung. Strategische europäische Sektoren sollten so gegen die internationale Konkurrenz geschützt werden.

Am Osterwochenende warnte Staatschef *Hollande* vor den Wahlvorschlägen der Rechtspopulistin *Le Pen* und des Linkspopulisten *Mélenchon*. Er rief dazu auf, sich vor den Extremen und ihre „Hassreden“ in Acht zu nehmen. Der europäische Einigungsprozess dürfe nicht in Frage gestellt werden. „Die Geschichte wiederholt sich, wenn der Nationalismus unter anderen Vorzeichen zurückkehrt.“ Die EU, so der Staatspräsident, sei ein Garant für den Frieden und müsse gestärkt werden. Gleichzeitig betonte er die Notwendigkeit starker deutsch-französischer Beziehungen und verwahrte sich damit gegen *Mélenchons* germanophobe Äußerungen. Für *Hollande* repräsentierte *Mélenchon*, dem die Umfrageinstitute realistische Chancen für die Stichwahl bescheinigten, „nicht die Regierungslinie“²².

Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet klappten die Programminhalte meilenweit auseinander: Europafreundliche Töne fanden sich letztlich nur in den Programmen von *François Fillon* und *Emmanuel Macron*. Letzterer trat dafür ein, die Eurozone mit Regierung, Parlament und eigenem Budget auszustatten, die Sozialstandards unter anderem bei der Arbeitslosenversicherung und beim Mindestlohn innerhalb der Euro-Zone anzugleichen und die Maastricht-Kriterien zur Schuldenbegrenzung einzuhalten. Das deutsch-französische Tandem müsse wiederbelebt werden²³ (erste außenpolitische Amtshandlungen als Staatspräsident unterstrichen diesen Willen).

21 Vgl. *Michaela Wiegel*, Das Kalkül des Tabubruchs, in: FAZ vom 12. April 2017, S. 8.

22 Vgl. *dies.*, Hollande warnt vor Populisten, in: FAZ vom 18. April 2017, S. 5.

23 Vgl. *Nicolas Chapuis*, L'Heure du Choix, in: Le Monde vom 15. April 2017, S. 6. Dazu auch die Rede des Präsidenten in der Sorbonne am 26. September 2017: Pour une Europe souveraine, unie, démocratique, <http://www.elysee.fr/declarations/article/initiative-pour-l-europe-discours-d-emmanuel-macron-pour-une-europe-souveraine-unie-democratique/> (Abruf am 16. Oktober 2017), und Gespräch mit Frankreichs Präsident *Emmanuel Macron*, „Ich sage und tue, was ich mag“, in: Der Spiegel vom 14. Oktober 2017, S. 12 – 21.

François Fillon sprach sich gleichfalls für eine Wirtschafts- und Politikregierung der Euro-Länder aus. Die europäischen Verträge seien zu respektieren. Gleichzeitig forderte er aber auch eine stärkere intergouvernementale Kooperation, also eine Stärkung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs. Außerdem warb er für eine Verteidigungsunion, das heißt eine stärkere Kooperation der nationalen Streitkräfte.²⁴

Hollandes ehemaliger Erziehungsminister *Hamon* schlug für alle Franzosen zwischen 18 Jahren und dem Rentenalter ein bedingungsloses Grundeinkommen von 750 Euro vor. Die exorbitanten Kosten für diese Maßnahme – Experten gingen von 300 bis 400 Milliarden Euro aus – sollten durch ein höheres Staatsdefizit, höhere Steuern und eine Robotersteuer (eine Art Maschinensteuer zur Wertabschöpfung) aufgebracht werden. Ferner versprach er, die 2014 beschlossene „Aufweichung“ des Arbeitsrechts (*Loi El Khomri*) abzuschaffen, an der 35-Stunden-Woche festzuhalten und das Renteneintrittsalter nicht anzutasten – Maßnahmen, die von etlichen Parteifreunden, insbesondere vom ehemaligen Premierminister *Valls*, als nicht finanzierbar angesehen wurden. Neben der Einstellung 40.000 neuer Lehrkräfte sollten 500.000 Arbeitsplätze im Sozialwesen geschaffen werden. In Frankreich lebende Ausländer sollten das kommunale Wahlrecht erhalten – eine alte sozialistische Forderung. Außerdem nahmen Umweltschutzmaßnahmen wie eine Ökosteuer, das Verbot von Dieselaautos ab 2025, die stärkere Nutzung alternativer Energien sowie ein Atomausstieg innerhalb von 25 Jahren einen breiten Raum im Programm ein.

Hamons ehemaliger „Parteifreund“ und Gründer der Bewegung *La France Insoumise* plädierte ebenfalls für „einen Griff in die Staatskasse“. So standen – neben Steuererhöhungen – auf *Mélenchons* Agenda die Rente ab 60, die 32-Stunden-Woche, die Erhöhung der Renten- und Altersbezüge sowie des Mindestlohns um 16 Prozent, ein Einkommen für Jugendliche, sofern sie an einer Berufsausbildung teilnehmen, und generell eine zusätzliche Woche bezahlten Jahresurlaub. Ausländische Arbeitskräfte ohne Aufenthaltserlaubnis sollten mit Papieren ausgestattet werden. In den Meinungsumfragen gewann der äußerst redigewandte Linkspopulist zunehmend an Sympathie und überrundete wenige Wochen vor dem ersten Wahlgang den Mitbewerber der *Parti Socialiste*.

Marine Le Pens „144 Engagements présidentiels“ – unterteilt in sieben Kapitel – sahen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich ebenfalls die Rente mit 60 Jahren bei 40 Beitragsjahren vor, Kaufkraftprämien für untere Einkommensgruppen und Empfänger niedriger Renten, zehnprozentige Steuersenkungen für die untersten drei Steuerklassen und Steuerbefreiung für geleistete Überstunden unter Beibehaltung der 35-Stunden-Woche. Eine Anhebung der Minimum-Altersbezüge war ebenso vorgesehen wie die „Empfehlung“ an staatliche Einrichtungen, bevorzugt französische Produkte zu kaufen. Unternehmer, die Ausländer beschäftigen, hätten eine Sondersteuer zu entrichten.

Nach Überzeugung zahlreicher Wirtschaftsfachleute würde vor allem wegen des EU- und Euroausstiegs eine Verarmung der von *Le Pen* besonders umworbenen einkommensschwachen Schichten drohen. Bei einer Rückkehr zum Franc befürchteten diese Experten einen Abwertungseffekt um 20 Prozent und dementsprechend den Wertverlust des Erspar-
ten.²⁵

24 Vgl. *Nicolas Chapuis*, a.a.O. (Fn. 23).

25 Vgl. *Axel Veiel*, Die Schwachen müssen die Zeche zahlen, in: *Badische Zeitung* vom 31. März 2017, S. 2.

Macrons sozialliberale Programmvorschläge zielten darauf, den Arbeitsmarkt zu liberalisieren; Steuererleichterungen für Unternehmen sollten diese zu mehr Investitionen anregen.²⁶ Auch für Obergrenzen bei Abfindungen im Kündigungsfall sprach sich der Kandidat aus. Ein Investitionsprogramm von 50 Milliarden Euro sollte helfen, vor allem die Arbeitslosigkeit von über zehn Prozent zu reduzieren. Doch weder an der wöchentlichen Arbeitszeit und am Renteneintrittsalter noch am Mindestlohn wollte *Macron* etwas ändern. Die Berufsausbildung sei nachhaltig zu verbessern, ohne allerdings auf das deutsche duale System zurückzugreifen. Ein Kernpunkt seiner Vorschläge war die Arbeitsrechtsreform. Den Betrieben sollten mehr Verhandlungskompetenzen zugestanden werden. Letztlich handelt es sich um eine Art innerbetrieblicher Mitbestimmung. Während die gemäßigte Gewerkschaft CFDT dies ebenso wie die Arbeitgeber begrüßten, lehnte die ehemals kommunistische CGT solche Betriebsvereinbarungen, die zu Lasten der üblichen Branchenverträge gehen würden, ab. „Ich will“, so der *En marche!*-Bewerber, „die Arbeit, die Schaffung von Unternehmen und die Privatwirtschaft von ihren Fesseln befreien.“²⁷ (Im September 2017 beschloss das Parlament endgültig die von der neuen Regierung vorgelegte Reform des Arbeitsmarktes.)

Während *Macron* nur 120.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst abbauen wollte, sprach sich *François Fillon* für eine Reduzierung um 500.000 aus bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitszeit der Staatsbediensteten auf 38 Stunden. Sein Wirtschafts- und Sozialprogramm war das marktwirtschaftlich liberalste der fünf aussichtsreichsten Bewerber: Steuerreduzierungen um 30 Prozent, um Investitionen in Klein- und Mittleren Unternehmen zu stimulieren, die Abschaffung der Vermögenssteuer, die Absenkung der Steuern für Unternehmen, die Abschaffung der 35-Stunden-Woche, ein Renteneintrittsalter von 65 Jahren und – wie *Macron* – eine Reform des Arbeitsrechts. Gegebenenfalls sollten – auf Initiative des Unternehmers – die Mitglieder über Betriebsvereinbarungen abstimmen. Auch die Angleichung der unterschiedlichen Rentensysteme schlug *Sarkozys* ehemaliger Premierminister vor.²⁸ Zur Finanzierung seines wirtschaftsliberalen Programms plante *Fillon* eine höhere Mehrwertsteuer. Nach seinem fulminanten Start im November 2016 und seinem Absturz in den Umfragen „erholte“ sich *Fillon* in den Umfragewerten – trotz seines dezidiert (neo-)liberalen Programms. (Im ersten Wahlgang erreichte er am 24. April überraschend den dritten Platz.)

26 Vgl. *Présidentielle 2017: Le programme d'Emmanuel Macron*, in: <http://www.cnewsmatin.fr/politique/2017-03-17/présidentielle-2017> (Abruf am 17. März 2017). Nach einer Umfrage des Instituts BVA glaubten kurz vor der Stichwahl 57 Prozent der Franzosen nicht, dass *Macrons* Wirtschaftsprogramm die Lage Frankreichs verbessern werde. Nur 41 Prozent hielten sein Programm für erfolgversprechend; vgl. *Christian Schubert*, *Macrons Wirtschaftsprogramm überzeugt Franzosen nicht*, in: *FAZ* vom 6. Mai 2017, S. 17.

27 Zitat in: *Christian Schubert*, *Der neue französische Traum – Wie unser Nachbar seinen Niedergang stoppen will*, Frankfurt am Main 2017, S. 297. Dazu auch das am 13. Juli 2017 vom Parlament beschlossene Gesetz zur Reform des Arbeitsmarktes unter anderem mit der Senkung der Kündigungskosten für die Arbeitgeber und die Verlagerung von Verhandlungskompetenzen auf Branchen und Unternehmen, *Assemblée nationale: Projet de loi d'habilitation à prendre par ordonnances les mesures pour le renforcement du dialogue social*, voté le 13 Septembre 2017.

28 Vgl. *Matthieu Goar / Alexandre Lemarié*, a.a.O. (Fn. 6), S. 9.

5. Wahlbündnisse

Eine nicht zu unterschätzende Unterstützung erhielt *Emmanuel Macron* durch sein überraschendes Bündnis mit *François Bayrou* Ende Februar 2017.²⁹ Seinen Verzicht auf eine Kandidatur begründete der dreifache Präsidentschaftskandidat und Vorsitzende des kleinen christlich-demokratischen Mouvement Démocrate (MoDem) mit dem Bestreben *Macrons*, als neue Kraft der progressiven, pro-europäischen Mitte wahrgenommen zu werden.³⁰ Auch begründete der Zentrist *Bayrou* seine Unterstützung für *Macron* „mit der bedrohlichen Lage, in der sich die von Auflösungserscheinungen gezeichnete Demokratie in Frankreich befinde“. Er hatte bei den Präsidentschaftswahlen 2007 erstaunliche 18,5 Prozent erhalten. Fünf Jahre später sprach er eine Wahlempfehlung für *Hollande* aus, die vermutlich entscheidend zu dessen Sieg beitrug. Er sah in dem jungen Senkrechtstarter *Macron* die Chance, die jahrzehntelange Rechts-links-Spaltung der Wählerschaft zu überwinden. *Macron* warb damit, „weder rechts noch links“ zu sein. Ein neues Bündnis aus Reformwilligen müsse jahrzehntelange Verkrustungen aufbrechen.³¹ Ihm schwebte eine Art große Koalition vor, um die gravierende Wirtschafts- und Sozialkrise zu überwinden. Die Erstarrung des französischen Parteiensystems in Rechts-Links solle mit seiner Bewegung, der sich in Scharen gemäßigte Politiker von links und rechts anschlossen, überwunden werden. Frankreich brauche eine Perspektive, war sein Credo. „Ich will die alten Spaltungen überwinden“, kündigte er im Vorfeld der Wahl an.³²

Zuspruch erhielt der ehemalige Wirtschaftsminister, der sich noch nie um ein Mandat beworben hatte, auch von sozialistischer Seite. So sprachen sich Anfang März mehr als 40 Abgeordnete vom Reformflügel der PS für den unabhängigen Präsidentschaftskandidaten aus. Der ehemalige Pariser Bürgermeister *Bertrand Delanoë*, Verteidigungsminister *Jean-Yves Le Drian*, die Ministerinnen *Ségolène Royal* und *Marisol Touraine* bekundeten ebenfalls ihre Sympathien für *Macron* und wandten sich damit gegen den offiziellen Bewerber der PS, *Benoît Hamon*. Aber auch der ehemalige Premierminister *Manuel Valls* unterstützte den Gründer der Bewegung *En marche!*. Er warf seinem Parteifreund *Hamon* „Sektierertum vor. [Er] will ein französisches Podemos gründen, aber mit diesem Kurs kann es keine Zukunft geben. *Macron* [dagegen] erlaubt uns, einen Sieg des Front National zu verhindern“³³. Daraufhin warfen führende Sozialisten *Valls* Wortbruch vor, da dieser sich nach seiner Niederlage bei den sozialistischen Vorwahlen schriftlich verpflichtet hatte, den Sieger *Hamon* zu unterstützen. Die Absetzbewegung zeigte die Zerrissenheit der Noch-Regierungspartei. Parteichef *Jean-Christophe Cambadélis* legte *Valls* den Parteiaustritt nahe, nachdem sich dieser für eine Kandidatur bei den Parlamentswahlen im Juni bei *Macrons* Bewegung beworben hatte. (Tatsächlich stellte die Bewegung des neugewählten Staatspräsidenten keinen eigenen Bewerber gegen *Valls* in dessen Wahlkreis Evry auf.)

29 Der Nichtbewerber *Bayrou* wurde laut Umfragen mit einem Stimmenanteil von fünf bis sechs Prozent im ersten Wahlgang „gewichtet“ – ein Wert, der für den Einzug in die Stichwahl entscheidend sein konnte.

30 Vgl. *Michaela Wiegel*, Gegen den Sittenverfall, in: FAZ vom 24. Februar 2017, S. 2.

31 Dazu sein 2016 erschienenes Buch „Révolution“.

32 Vgl. *Christian Schubert*, Viele Spalter und ein Versöhner, in: FAZ vom 22. März 2017, S. 15.

33 Vgl. *Michaela Wiegel*, Erdrückende Umarmung. Immer mehr Sozialisten laufen zu Macron über, in: FAZ vom 16. März 2017, S. 3; *dies.*, Valls: Nur Macron kann Le Pen verhindern, in: FAZ vom 30. März 2017, S. 3.

Auch der Grüne *François de Rugy*, der ebenfalls bei den sozialistischen Vorwahlen unterlegen war, schloss sich *Macron* an und ignorierte damit seine Selbstverpflichtung, den sozialistischen Präsidentschaftsbewerber zu unterstützen.

Der Vorsitzende der Parti de Gauche und Führer von La France Insoumise, *Jean-Luc Mélenchon*, der in den Umfragen zunehmend an Zustimmung gewann, lehnte den Vorschlag des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten ab, zu dessen Gunsten auf die eigene Bewerbung zu verzichten, um gegen *Marine Le Pen* eine Front der linken Kräfte zu bilden. Auch *Benoît Hamon* weigerte sich, seine Kandidatur zurückzuziehen. Somit war ein Zusammenschluss der Linken bei den Präsidentschaftswahlen gescheitert. Beide Linkskandidaten versicherten sich aber des gegenseitigen Respekts.

Sowohl die Kommunistische Partei als auch Europe Ecologie-les Verts verzichteten erstmals seit 1969 beziehungsweise 1995 (Les Verts) auf eigene Kandidaten. Die PCF empfahl ihren Sympathisanten, *Jean-Luc Mélenchon* zu wählen. Die Grünen sprachen sich für eine Unterstützung von *Benoît Hamon* aus.

6. Der erste Wahlgang

Entgegen der Vorhersagen verwiesen die Wähler die Vorsitzende des Front National im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen am 23. April 2017 auf den zweiten Platz. Sieger wurde mit 24 Prozent der parteilose *Emmanuel Macron* (vgl. Tabelle 1). In kürzester Zeit stampfte er nach seinem Rücktritt als Minister im Frühjahr 2016 die Bewegung *En marche!* aus dem Boden, die – mittlerweile in die Partei *La République en marche* umgewandelt – in wenigen Monaten über 260.000 Mitglieder gewann.

Erstmals seit der Direktwahl des Präsidenten nahm weder ein konservativ/gaullistischer noch ein sozialistischer Bewerber an der Stichwahl teil. Alle Kommentatoren werteten dies als eine „tiefe Umgestaltung (bouleversement) der politischen Landschaft“³⁴. Die beiden bisherigen großen Regierungsparteien wurden insbesondere wegen der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit abgestraft. Der Front National bewies sich als dauerhafte landesweite politische Kraft. *Marine Le Pen* verdoppelte ihre Stimmenzahl gegenüber 2012 und wurde in acht der neugebildeten 13 Mutterlandsregionen stärkste politische Kraft.³⁵ Mit fast 7,7 Millionen Stimmen überschritt sie erstmals die Zwanzig-Prozent-Marke bei einer Präsidentschaftswahl.

Als „weder links noch rechts“³⁶, so *Macron*, das spätere jüngste französische Staatsoberhaupt seit *Napoleon Bonaparte*, verkörpere er eine neue politische Kraft – eine Meinung, die von fast allen Wahlbeobachtern geteilt wurde. Für einen Teil der bisherigen Wähler der Linken, der Rechten und des Zentrums stellte er eine glaubwürdigere Alternative zu den übrigen Kandidaten der Regierungsparteien dar. Sein pro-europäisches Bekenntnis stand in

34 Stellvertretend *Nicolas Chapuis*, *Macron et Le Pen imposent leur duel*, in: *Le Monde* vom 25. April 2017, S. 2.

35 Bourgogne, Centre-Val de Loire, Corse, Grand-Est, Hauts-de-France, Normandie, Occitanie, Provence-Alpes-Côte-d'Azur.

36 Vgl. „Macron: Deutschlands wirtschaftliche Stärke ist ‚nicht tragbar‘“, in: *FAZ* vom 19. April 2017, S. 19; Interview mit *Emmanuel Macron* von *Bastien Bonnefous* / *Nicolas Chapuis* / *Cédric Pietralunga* / *Solenn de Royer*, *Emmanuel Macron: „Je reste un outsider“*, in: *Le Monde* vom 4. April 2017, S. 8 f.

Tabelle 1: Ergebnis des 1. Wahlgangs der französischen Präsidentschaftswahl am 23. April 2017

	Anzahl	%
Wahlberechtigte	47.581.118	
Wähler	37.003.546	77,8
ungültige Stimmen einschl. weiße Stimmzettel	944.733	2,0
Enthaltungen	10.577.572	22,2
Gültige Stimmen	36.058.813	75,8
	Anzahl	% der abgegebenen Stimmen
<i>Emmanuel Macron</i> (En marche!)	8.657.326	24,0
<i>Marine Le Pen</i> (Front National)	7.679.493	21,3
<i>François Fillon</i> (Les Républicains)	7.213.797	20,0
<i>Jean-Luc Mélenchon</i> (La France Insoumise)	7.060.885	19,6
<i>Benoît Hamon</i> (Parti Socialiste)	2.291.565	6,3
<i>Nicolas Dupont-Aignan</i> (Debout la France)	1.695.186	4,7
<i>Jean Lassalle</i> (Résistons!)	435.365	1,2
<i>Philippe Poutou</i> (Nouveau Parti Anticapitaliste)	394.582	1,1
<i>François Asselineau</i> (Union Populaire Républicaine)	332.588	0,9
<i>Nathalie Arthaud</i> (Lutte Ouvrière)	232.428	0,6
<i>Jacque Cheminade</i> (Solidarité et Progrès)	65.598	0,2
Quelle: Ministère de l'Intérieur: Election présidentielle 2017: Résultats globaux du premier tour vom 24. April 2017, https://www.interieur.gouv.fr/Archives/Archives-elections/Election-presidentielle-2017/Election-presidentielle-2017-resultats-globaux-du-premier-tour (Abruf am 15. August 2017).		

krassem Gegensatz zu den europaskeptischen, sogar europafeindlichen Äußerungen der meisten Mitbewerber beziehungsweise Mitbewerberinnen. „Er verkörperte die Bewegung der Anhänger für ein verstärktes Europa gegen eine extreme Rechte [und auch extreme Linke], die aus der EU und dem Euro austreten will.“³⁷

„La droite k.-o.“ titelte der konservative Figaro am 24. April 2017. *François Fillons* dritter Platz und damit sein Ausscheiden aus dem „Rennen“ um den Elysée-Palast symbolisierte eine historische Niederlage der Rechten. Noch im November 2016 nach seinem Sieg bei den Vorwahlen der Republikaner hatte *Fillon* als aussichtsreichster Bewerber für das höchste Staatsamt gegolten. Seine Républicains standen am Morgen nach dem ersten Wahlgang unter Schock und machten ihn für die Niederlage verantwortlich.

Letztlich waren *Fillons* Wahlchancen in seinem Affärensumpf versunken. Seine Glaubwürdigkeit als „Saubermann“ war zutiefst erschüttert. Nur in fünf Mutterlandsdepartements lag er an erster Stelle. Seine Partei, die wegen der bevorstehenden Parlamentswahl nach außen hin noch geeint schien, steht nun in einer Zerreißprobe: entweder Bekenntnis zu einem gemäßigten Wirtschaftsliberalismus und einem weiteren europafreundlichen Kurs oder eine Annäherung an *Le Pens* Vorstellungen, um das radikalkonservative, europafeindliche Wählerpotential zu erreichen. In einer kurzen Ansprache übernahm der ehemalige Premierminister die Verantwortung für seine Niederlage und rief seine Wähler zur Unterstützung *Macrons* im zweiten Wahlgang auf.

³⁷ Vgl. *Nicolas Chapuis*, a.a.O. (Fn. 34), S. 2.

Der Viertplatzierte, *Jean-Luc Mélenchon* verweigerte diese Geste. Er hatte mit über sieben Millionen Stimmen den offiziellen Kandidaten der Parti Socialiste „ausgebremst“. Mit seinem kommunistisch inspirierten und europafeindlichen Programm hatte er besonders an junge Wähler appelliert. In der Fernsehrunde aller elf Kandidaten und Kandidatinnen am 4. April hatte er mit seinen demagogisch-populistischen Äußerungen brilliert. Seinem (links-)sozialistischen Mitbewerber *Benoît Hamon* hing Staatspräsident *Hollandes* enttäuschende Amtszeit wie ein Mühlstein um den Hals. Seine Idee eines Grundeinkommens für alle Erwachsenen überzeugte nicht, zumal es sogar von etlichen seiner Parteifreunde als nicht finanzierbar qualifiziert wurde. In keinem Departement konnte *Hamon* seine Konkurrenten ausstechen.

Insgesamt erhielten beide Linkskandidaten zusammen nicht einmal 26 Prozent. Dies war ein beispielloser Misserfolg für die Linke. Letztlich gelang es weder der (gemäßigten) Rechten noch der Linken, die von der wenig erfreulichen französischen Wirtschaftslage verunsicherten Wähler zu erreichen. Die populistische Stimmungsmache des linksradikalen Kandidaten und der rechtsextremen Bewerberin übertönten die Positionen der langjährigen Regierungsparteien.

Auf die fünf so genannten kleinen Kandidaten und *Nathalie Arthaud* entfielen insgesamt nur vier Prozent der Stimmen. Kostenlose Rundfunk- und Fernsehsendungen mit Themen, die ihnen besonders am Herzen lagen, wogen wohl – trotz bescheidener staatlicher Kosten-erstattung – die Wahlkampfkosten auf.

Die Wahlbeteiligung lag – entgegen den Befürchtungen – mit 77,8 Prozent nur geringfügig unter der des Jahres 2012 (79,5 Prozent).

Auch der Anteil der Stimmenthaltungen und ungültigen Voten wich nicht von früheren Präsidentschaftswahlen ab.³⁸ Auffallend war die schwache Wahlbeteiligung im (Problem-) Departement Seine-Saint-Denis mit nur 72,5 Prozent. Insbesondere Wähler mit Migrationshintergrund blieben der Wahl fern.

Zählt man *Le Pens*, *Mélenchons* und *Dupont-Aignan*s Stimmen zusammen (46,1 Prozent), wählte fast die Hälfte der Franzosen europafeindliche und protektionistisch orientierte Kandidaten. Die Zerrissenheit des Landes spiegelt sich nicht nur in diesem Wert wider, sondern auch im geographischen Ost-West-Gegensatz sowie im Stadt-Land-Gefälle. Wie schon bei früheren Wahlen ist Frankreich in einen gemäßigten Westen und einen Osten mit starkem Rückhalt für *Marine Le Pen* beziehungsweise ihre Partei geteilt. Außer im gesamten Mittelmeerraum und Korsika erzielte sie ihre Spitzenwerte im so genannten „Rostgürtel“ mit der weitgehend aufgelassenen Stahlindustrie und besonders hoher Arbeitslosigkeit. Aber auch in Teilen des Elsass und Aquitaniens (Departement Lot-et-Garonne) lag *Le Pen* an der Spitze.

Macron erreichte seine besten Ergebnisse in der Bretagne, an der Atlantikküste, im Alpengebiet, am Mittellauf der Rhône sowie in den Pyrenäen und in der Ile-de-France. Allein in Paris stimmten 34,8 Prozent für den pro-europäischen Bewerber.³⁹ Aber auch in

38 Dazu *Udo Kempf*, Das politische System Frankreichs, Wiesbaden 2017, S. 27 ff.

39 Vgl. dazu Résultats – Présidentielle 2017 – Premier tour vom 25. April 2017 mit den Wahlkarten für die wichtigsten Bewerber, in: Le Monde online vom 25. April 2017, http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2017/04/23/les-resultats-de-l-election-presidentielle-2017_5115952_4355770.html (Abruf am 16. August 2017).

Tabelle 2: Stadt-Land-Gefälle in Marine Le Pens Wählerschaft bei der Präsidentschaftswahl 2017

Großstadt	%	Departement	%
Bordeaux	7,4	Gironde	18,3
Lyon	8,9	Rhône	16,3
Toulouse	9,4	Haute-Garonne	16,7
Clermont-Ferrand	12,6	Puy-de-Dôme	17,7
Besançon	13,8	Doubs	23,5
Straßburg	12,2	Bas-Rhin	24,7
Lille	13,8	Nord	28,2
Paris	5,0	Ile-de-France	12,6

Quelle: Résultats – Présidentielle 2017 – Premier Tour vom 25. April 2017 mit den Wahlkarten für die wichtigsten Bewerber, in: Le Monde online vom 25. April 2017, http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2017/04/23/les-resultats-de-l-election-presidentielle-2017_5115952_4355770.html (Abruf am 16. August 2017).

fast allen übrigen großen urbanen Zentren überrundete *Macron* seine Konkurrenten. Dagegen votierten die kleinen und mittleren Kommunen mehrheitlich für *Marine Le Pen* (vgl. Tabelle 2). Noch 1988 war das Votum für den Front National mehrheitlich städtisch. Dies hat sich mittlerweile umgedreht. Das ländliche und Vorstadt-Frankreich empfindet sich von den Pariser Eliten und den Großstadtrepräsentanten zunehmend vernachlässigt.⁴⁰ Es erlebt schmerzhaft den Rückzug staatlicher Einrichtungen, den Wegfall von günstigen Verkehrsverbindungen und vor allem das Wegbrechen von Arbeitsplätzen. Die Landwirtschaft bietet längst keine Alternative mehr für die Beschäftigung in fehlenden mittelständischen Betrieben. Die Bewohner fühlen sich als Verlierer des Strukturwandels und abgeschnitten von wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven. Dies gilt vor allem für junge Menschen. Stellvertretend für eine solche vom industriellen Strukturwandel betroffene Gemeinde sei der Bürgermeister von L'Argentière-la-Bessée (Hautes-Alpes) zitiert: „[Meine] Gemeinde wurde durch das Schließen des Pechiney Aluminiumwerkes 1988, das der wichtigste Arbeitgeber war, zerstört (détruite).“ Ersatz für die Arbeitsplätze konnte nicht gefunden werden.⁴¹

Insgesamt lag *Marine Le Pen* in 47 Departements an der Spitze, *Emmanuel Macron* in 42, *François Fillon* und *Jean-Luc Mélenchon* in jeweils sechs (einschließlich Überseegebiete). „Zwei Frankreich“, so der Le Monde-Kommentator *Patrick Roger*, „stehen sich [nunmehr] gegenüber, die noch nie so weit auseinander lagen.“⁴²

Im Gegensatz zur Präsidentschaftswahl 2012 haben sich die Alterskohorten 2017 merklich verschoben: Bevorzugter Kandidat junger Wähler zwischen 18 und 24 Jahren war nicht länger *Marine Le Pen* mit 21 Prozent, sondern der Linkspopulist *Mélenchon* mit 30 Prozent. Für *Macron* stimmten nur 18 Prozent dieser Altersgruppe. In den Altersklassen der 35- bis 49-Jährigen sowie von 50 bis 59 Jahren übertrumpfte *Le Pen* mit 29 beziehungsweise 27 Prozent ihre Konkurrenten. *Macron* konnte die Wähler in der Altersgruppe zwischen

40 Vgl. *Patrick Roger*, Résultats de l'élection présidentielle: la France traversée par une double fracture, in: Le Monde vom 25. April 2017, S. 3.

41 Vgl. *Jérémie Lamothe* / *Manon Rescan*, Député ou maire, ils ont dû choisir, souvent à contrecœur, in: Le Monde vom 30. Mai 2017, S. 11, und: *Christophe Guilluy*, La France périphérique – Comment on a sacrifié les classes populaires, Paris 2014.

42 Vgl. *Patrick Roger*, a.a.O. (Fn. 40), S. 3.

Tabelle 3: Sozialstruktur der Wähler der wichtigsten Bewerber – Wahlabsichten (in Prozent)

	<i>Macron</i>	<i>Le Pen</i>	<i>Fillon</i>	<i>Mélenchon</i>	<i>Hamon</i>
Landwirte	20	35	20	2	18
Freiberufler	21	29	22	8	11
Führungspersonal	32	15	19	10	18
Mittlere Führungsebene	25	21	12	16	18
Angestellte	21	35	12	12	14
Arbeiter	16	44	9	14	12
Rentner	22	21	28	11	12
Arbeitslose/Berufslose	22	29	13	13	17

Quelle: Vgl. *Martial Foucault*, Le vote de classe de plus en plus éclaté, in: *Le Monde* vom 17. Februar 2017, S. 11.

25 bis 34 Jahren mit 28 Prozent gewinnen. Senioren zwischen 60 und 69 Jahren stimmten zu gleichen Teilen (26 Prozent) für *Macron* und *Fillon*.⁴³

Der Vorsitzenden des Front National gelang es 2017 – wie schon 2012 –, in alle sozialen Schichten vorzudringen. Insbesondere Wähler aus sozial schwachen Gruppen stimmten bei der Präsidentschaftswahl für *Marine Le Pen* (vgl. Tabelle 3). Vor allem Arbeiterhaushalte, aber auch einfache Angestellte und Arbeitslose entschieden sich für die Rechtspopulistin. Sie stehen für den enttäuschten Teil der Gesellschaft, der von der traditionellen Politik nichts mehr erwartet. „Sie fühlen sich abgekoppelt, vergessen [...und] haben das Vertrauen in die dominierende Politikerkaste verloren.“⁴⁴ Bemerkenswert ist auch die Zustimmung, die *Le Pen* bei Landwirten und bei Angehörigen handwerklich geprägter Betriebe findet.

Macrons Wähler sind in der Regel ökonomisch besser gestellt. Sie leben in wirtschaftlich prosperierenden Großstädten und gehören zu den Führungskräften in der Privatwirtschaft, dagegen weniger im Staatsdienst. Auch bei Rentnern beziehungsweise Pensionären erhielt der sozialliberale Aufsteiger hohe Zustimmungswerte.

7. Der zweite Wahlgang

Mit 66,1 Prozent beziehungsweise fast 21 Millionen Stimmen erreichte Senkrechtstarter *Macron* ein beachtliches Ergebnis und ließ seine Mitbewerberin weit hinter sich. *Le Pen* erhielt immerhin fast 34 Prozent der Stimmen (vgl. Tabelle 4). Gegenüber der Präsidentschaftswahl 2012 konnte sie ihren Stimmenanteil fast verdoppeln: 34,5 gegenüber 17,8 Prozent. Am 7. Mai 2017 stimmte also ein Drittel der Wähler für die rechtspopulistische Bewerberin und damit für ihr anti-europäisches und stark staatsinterventionistisches sowie fremdenfeindliches Programm.

Im Vorfeld der Stichwahl forderten fast alle führenden Politiker der Rechten wie der Linken ihre Wähler auf, im entscheidenden Wahlgang *Emmanuel Macron* zu unterstützen.

⁴³ Vgl. *Michael Wiegel*, Feindseligkeiten beim Marktbummel, in: *FAZ* vom 25. April 2017, S. 3.

⁴⁴ Vgl. *Christian Schubert*, a.a.O. (Fn. 27), S. 293, S. 303.

Tabelle 4: Ergebnis des 2. Wahlgangs der französischen Präsidentschaftswahl am 7. Mai 2017

	Anzahl	% der Eingeschriebenen
Wahlberechtigte	47.568.693	
Wähler	35.467.327	74,6
ungültige Stimmen einschl. weiße Stimmzettel	4.085.724	8,6
Enthaltungen	12.101.366	25,4
Gültige Stimmen	31.381.603	66,0
	Anzahl	% der abgegebenen Stimmen
<i>Emmanuel Macron</i>	20.743.128	66,1
<i>Marine Le Pen</i>	10.638.475	33,9
Quelle: Ministère de l'intérieur: Résultats globaux du second tour de l'élection du Président de la République 2017, https://www.interieur.gouv.fr/Actualites/Communiques/Resultats-globaux-du-second-tour-de-l-election-du-President-de-la-Republique-2017 (Abruf am 16. August 2017).		

Auch Staatspräsident *Hollande* und Premierminister *Bernard Cazeneuve* erklärten sich für den ehemaligen Wirtschaftsminister. Nur der Vorsitzende von La France Insoumise, *Jean-Luc Mélenchon*, weigerte sich, eine Wahlempfehlung abzugeben. Während er *Le Pens* Kritik an „Europa“ teilte, warf er *Macron* seine vermeintlich liberale Wirtschaftspolitik vor. Mit der Weigerung, einen „Damm“ gegen die Vorsitzende des Front National „zu bauen“, brach der Linkspopulist mit der „republikanischen Tradition“ der Linken, einen Erfolg der Rechtspopulistin zu verhindern.⁴⁵

Dennoch konnte die Vorsitzende des Front National ihr Ergebnis gegenüber dem ersten Wahlgang um drei Millionen Stimmen steigern. Offizielle Unterstützung erhielt sie allein vom Vorsitzenden der nationalkonservativen Partei *Debout la France*, *Nicolas Dupont-Aignan*. Sie hatte ihm für den Fall ihres Sieges das Amt des Premierministers versprochen.⁴⁶ *Le Pen* erhoffte sich davon, Konservative, vor allem *Fillon*-Sympathisanten, abzuwerben. Im ersten Wahlgang hatten 1,7 Millionen Franzosen *Dupont-Aignan* ihre Stimme gegeben und damit *François Fillon* disqualifiziert. Diesem fehlten nur knapp 500.000 Stimmen, um in die Stichwahl zu kommen.⁴⁷

In dem von der Öffentlichkeit mit Spannung erwarteten Fernseh-Duell vier Tage vor dem entscheidenden Wahlgang war *Le Pen* überaus aggressiv aufgetreten. Inhalte spielten nur am Rande eine Rolle, persönliche Angriffe und Beschimpfungen dominierten. Während *Macron* relativ sachlich blieb und versuchte, *Le Pens* Behauptungen in insgesamt 19 Fällen zu widerlegen, tönte die Rechtspopulistin: „Ich bin die Kandidatin des Volkes; Sie sind ein eiskalter Banker.“ Er wolle Frankreich einer „wilden Globalisierung“ aussetzen. Sie hielt ihm vor, die „Unterwerfung“ des Landes unter Deutschland betreiben und damit die Politik der Präsidenten *Sarkozy* und *Hollande* fortsetzen zu wollen. „Frankreich wird“,

45 Vgl. *Raphaëlle Besse Desmoulières*, Jean-Luc Mélenchon rate sa soirée, in: *Le Monde* vom 25. April 2017, S. 12.

46 Interview mit *Nicolas Dupont-Aignan*, in: *Thierry Prudhon*, „Une alliance patriotique. La dictature du politiquement correct“, in: *Nice-Matin* vom 4. Mai 2017, S. 18.

47 Vgl. *Michaela Wiegel*, Die Kunst der Entteufelung, in: *FAZ* vom 2. Mai 2017, S. 3.

so *Le Pen*, „auf jeden Fall von einer Frau regiert werden; entweder von mir oder von *Angela Merkel*.“⁴⁸ Damit bediente sie bei etlichen ihrer Anhänger germanophobe Gefühle. *Macron* konterte, indem er ihr mangelnde Sachkenntnis vorwarf; ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik (ggf. „Frexit“) würde zur Verelendung breiter Bevölkerungsschichten führen. Auch *Le Pens* Vorwurf, *Macron* besitze ein Schwarzgeldkonto auf den Bahamas – eine Falschmeldung aus russischen Quellen – änderte nichts an dem negativen Eindruck, den die Rechtspopulistin in diesem Fernseh-Duell hinterließ.

Letztlich bestätigte auch diese Wahl am 23. April und am 7. Mai 2017, dass die Franzosen im ersten Durchgang häufig „Dampf ablassen“ wollen beziehungsweise „mit dem Bauch abstimmen“, im entscheidenden Wahlgang jedoch mit Verstand, um Extremisten zu verhindern.

Bemerkenswert war die hohe Stimmenthaltung im zweiten Wahlgang. 25,4 Prozent der Wähler suchten kein Wahlbüro auf – eine seit 1969 noch nie dagewesene Verweigerung. Bei allen übrigen Präsidentschaftswahlen lag die Wahlbeteiligung im zweiten Durchgang stets höher als vierzehn Tage zuvor. Auch die Zahl der „weißen“ Stimmzettel und der ungültigen Voten erreichte mit 8,6 Prozent einen Rekordwert. Über ein gutes Drittel der Wähler sahen sich von keinem der beiden Kandidaten angesprochen: Die Anzahl der Verweigerer stieg zwischen den Wahlgängen um mehr als drei Millionen an. Trotz *Macrons* überzeugendem Wahlsieg gaben ihm nur wenig mehr als vier von zehn Wählern ihre Stimme; dies entspricht 43,6 Prozent der eingeschriebenen Wähler. Laut einer Untersuchung von *Le Monde* lagen die höchsten Verweigerungsraten bei der Stichwahl in Korsika, im Departement Seine-Saint-Denis (32,5 Prozent) mit seiner starken Migrantenbevölkerung, in ländlichen Departements mit eher links orientierten Wählerschichten wie Creuse, Arriège, Corrèze, Lozère, Dordogne, Lot, Haute-Vienne, Allier und Hautes-Pyrénées mit zwischen 14 und 18,4 Prozent – sämtlich Gebiete, die wegen schrumpfender Staatseinrichtungen und fehlender Arbeitsplätze ihr Missfallen gegenüber den zentralstaatlichen Eliten ausdrücken wollten. Dagegen verweigerten in den Großstädten relativ wenige Wahlberechtigte ihre Stimme – in Paris beispielsweise nur 7,3 Prozent.⁴⁹

Wo liegen die Wählerhochburgen der beiden Bewerber in der Stichwahl? Der Bruch zwischen dem Frankreich der Städte und den ländlichen Gebieten, dem so genannten *France profonde*, ist offensichtlich. *Macron* eroberte alle Großstädte (vgl. Tabelle 5): Sein bestes Ergebnis erzielte er mit 89,7 Prozent der abgegebenen Stimmen in Paris, sein schwächstes in der Front National-Hochburg Toulon mit immerhin noch 56 Prozent. Selbst in der Sozialistenhochburg Lille, deren Bürgermeisterin *Martine Aubry* ihn nur verbal unterstützte, erhielt er 78,3 Prozent. Die europafreundlichen, sozialliberalen und gegen Abschottung beziehungsweise Protektionismus eingestellten großstädtischen Wähler entschieden sich mit überwältigender Mehrheit für den Senkrechtstarter.

Aber auch außerhalb der Metropolen gewann *Macron* Wähler: Nahezu ganz Westfrankreich mit Teilen der Normandie über die Bretagne, die Atlantikküste, die Pyrenäen und das Massif Central sowie ein Großteil der ehemaligen Region Rhône-Alpes stimmten für den sozialliberalen Bewerber.

48 Zitate bei *dies.*, Unwahrheiten ohne Niveau, in: FAZ vom 5. Mai 2017, S. 2.

49 Zahlen in *Patrick Roger*, Un nombre record de voix „non exprimées“, in: *Le Monde* vom 9. Mai 2017, S. 7.

Tabelle 5: Stimmenergebnisse für Macron in ausgewählten Großstädten (in Prozent)

Paris	89,7	Grenoble	82,7
Rennes	88,4	Straßburg	81,2
Nantes	86,5	Clermont-Ferrand	80,0
Bordeaux	85,9	Lille	78,3
Lyon	84,1	Nizza	60,1
Toulouse	83,0		

Quelle: Patrick Roger, Un nombre record de voix „non exprimées“, in: Le Monde vom 9. Mai 2017, S. 7.

Marine Le Pens Hochburgen lagen wie bereits im ersten Wahlgang vor allem in den wirtschaftlichen Problemgebieten des Nordostens mit ihren Industriebrachen, dauerhaft hoher Arbeitslosigkeit und mangelnden Investitionen.⁵⁰ Wegen fehlender Zukunftsperspektiven votierten in einigen Departements wie Aisne, Somme, Haute-Marne und Marne mehr als 65 Prozent der Wähler für *Le Pen*. Aber auch in Teilen der Normandie, der neugebildeten Region „Grand Est“ einschließlich etlicher elsässischer Wahlkreise sowie am Mittelmeerraum von Menton bis Perpignan entschieden sich zahlreiche Wähler für die rechtspopulistische Bewerberin.

Betrachtet man die Wahlkarte, gelang es *Le Pen* wie bereits im ersten Wahlgang (siehe oben), auf dem so genannten flachen Land (nahezu erstmalig bei Nationalwahlen) erhebliche Gewinne zu erzielen. Es handelt sich dabei um Gebiete, die sich sprichwörtlich „abgehängt“ fühlen. Auch viele Landwirte – besonders entlang der Garonne – glauben sich durch europäische Konkurrenz und zu hohe staatliche Abgaben in ihrer Existenz gefährdet. *Le Pens* Abschottungspolitik verfiel in diesen Agrargebieten ebenso wie im „Rostgürtel“. Wie schon im ersten Wahlgang zeigte sich auch am 7. Mai Frankreich geographisch zweigeteilt.

8. Schlussfolgerung: Prekäre Legitimation für notwendige Reformen

Keine Präsidentschaftswahl in der V. Republik – mit Ausnahme der Wahl des Sozialisten *François Mitterrand* 1981 – hat die politische Landschaft so gravierend verändert wie die jüngste: Die Kandidaten der etablierten Parteien wurden von den Wählern abgestraft. Weder der Republikaner *Fillon* noch der Sozialist *Hamon* kamen in die Stichwahl. *Hamon*, der überraschende Sieger in den Vorwahlen, wurde sogar von dem Linksaußen *Jean-Luc Mélenchon* überholt. Erstmals seit 1969 gelangte kein Kandidat der bisherigen Regierungsparteien in die Stichwahl. Vielmehr trafen zwei Bewerber aufeinander, die auf nationaler Ebene bislang keine entscheidende Rolle gespielt hatten. *Emmanuel Macron* hatte sich noch nie um ein Wahlamt beworben, *Marine Le Pen* besaß keine Regierungserfahrung. Programatisch standen sich die anti-europäische Vorsitzende des Front National mit einem protektionistisch-sozialistischen Wirtschaftsprogramm und der pro-europäische wie sozialliberale *Macron* gegenüber. Seine Bewegung *En marche!* gab es erst seit dem 6. April 2016.

50 Vgl. *Christian Schubert*, a.a.O. (Fn. 27), S. 45 ff.

Der fehlende organisatorische Unterbau dieser „Partei“ wurde offenbar durch die Begeisterung, die der Neuling besonders bei jüngeren Wählern ausübte, ausgeglichen.

Das Ergebnis des ersten Wahlgangs belegt die inzwischen wohl dauerhafte Verankerung des Front National auf gesamtstaatlicher Ebene mit Schwerpunkten in den von den Wirtschaft- und Strukturkrisen⁵¹ betroffenen Landesteilen. *Macron* gewann in den gemäßigt-konservativen Gebieten sowie in den meisten Großstädten. Die Ergebnisse beider Kandidaten im Stichentscheid – circa 20,7 Millionen Stimmen für den Senkrechstarter und fast 10,7 Millionen für die Rechtspopulistin – dokumentieren die tiefe Spaltung des Landes. Zählt man alle Stimmen des ersten Wahlgangs zusammen, die auf Kandidaten entfielen, die eine Europa ablehnende und protektionistische Politik befürworteten, sprach sich mehr als die Hälfte der Wähler gegen *Macron* aus. Auch die überraschend hohe Zahl der Stimmverweigerer und der ungültigen Stimmen in der Stichwahl zeigt, dass sich über 16 Millionen Wahlberechtigte nicht zwischen *Macron* und *Le Pen* entscheiden wollten.

Noch deutlicher war die Verweigerung im „dritten Durchgang“, der Wahl zur Nationalversammlung. Weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten nahmen ihr Stimmrecht wahr – ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der V. Republik.

Ob es dem jungen Staatspräsidenten mit seiner absoluten Mehrheit in der Assemblée nationale gelingen wird, Teile seines (nicht sonderlich ambitionierten) Programms zu verwirklichen, bleibt abzuwarten. Die Mitte September beschlossene Arbeitsmarktreform ist nur ein erster Schritt. Meinungsumfragen belegen die tiefe Skepsis der Franzosen mit Blick auf ihre wirtschaftliche und soziale Zukunft. Drei von vier halten ihre Lage für schlecht. Die überwältigende Mehrheit schätzt die beruflichen Chancen der Jüngeren negativ ein. Lediglich elf Prozent der Franzosen erklärten im Januar 2017, sie hätten Vertrauen in die politischen Parteien. Für 70 Prozent funktioniert die französische Demokratie nicht gut.⁵² Nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise werden „Markt“ und Globalisierung kritisch gesehen. Eine Rücknahme sozialer Errungenschaften wie die 35-Stunden-Woche und das Rentenalter mit 62 Jahren lehnen die meisten Franzosen ab. Die Neigung zum Protektionismus und Widerstand gegen Reformen sind ausgeprägt.⁵³

Die geringe Wahlbeteiligung von jungen Wählern und auch von Arbeitern im zweiten Durchgang der Wahlen zur Nationalversammlung (26 Prozent der 18- bis 25-Jährigen und 31 Prozent bei Arbeitern) zeigt, wie gering der Rückhalt für *Macron* und seine Regierung in diesen Wählergruppen ist. Aber ohne tiefgreifende Strukturreformen lässt sich Frankreichs schlimmste Geißel, eine seit Jahrzehnten andauernde hohe Arbeitslosigkeit von meist über zehn Prozent, bei Jugendlichen sogar etwa 25 Prozent, nicht eindämmen, geschweige denn beseitigen.

51 Dazu ebenda, S. 37 ff.

52 Zahlen in: *ders.*, Frankreichs Zerreißprobe, in: FAZ vom 18. März 2017, S. 21.

53 Vgl. ebenda.